LANDKREIS
ANSBACH

SPD

GUTES LEBEN
IM LANDKREIS ANSBACH.

KOMMUNALPOLITISCHES PROGRAMM 2020 - 2026

AM 15. MÄRZ SPD WÄHLEN!

www.spd-kreis-ansbach.de

INHALT

1. Gutes Leben im Landkreis Ansbach 3

2. Flexible Mobilität 4

3. Gute Bildung 7

4. Gute Gesundheitsversorgung 8

5. Saubere Umwelt
   - 5.1 Solidarischer Klimaschutz 10
   - 5.2 Abfallvermeidung und Abfallverwertung 12

6. Digitalisierung als innovative Querschnittsaufgabe 16

1. GUTES LEBEN IM LANDKREIS ANSBACH

Der Landkreis Ansbach ist Heimat für über 180.000 Menschen. Jeder dieser Menschen wünscht sich ein gutes Leben. Aber ist das möglich? Wir sagen: Ja!

Flexible Mobilität, gute Bildung, gute Gesundheitsversorgung und eine saubere Umwelt sind die Grundlage für ein gutes Leben. Innovative digitale Technologien können dabei wichtige Hilfestellung leisten.

Als SPD-Kreisverband werden wir in den nächsten sechs Jahren und darüber hinaus daran arbeiten, die Grundlagen für ein gutes Leben im Landkreis Ansbach weiter auszubauen. Zum ersten Mal werden mit diesem kommunalpolitischen Programm konkrete Vorschläge für die wichtigsten Handlungsfelder der kommenden Jahre formuliert. Mit diesem Programm stehen wir nicht am Ende eines Prozesses, sondern am Beginn!

2. FLEXIBLE MOBILITÄT

WIR STEHEN FÜR

- **öffentlichen Nahverkehr von Haustür zu Haustür**
- **den Einsatz von neuen Technologien und nachhaltigen Antriebskonzepten**
- **kostenlosen ÖPNV für Schüler, Azubis, Studenten und Senioren**
- **den Ausbau „smarter" Mobilitätsangebote (z. B. Rufbus)**
- **bessere Mobilitätsangebote über die Bezirks- und Landesgrenzen**
- **den Ausbau des Radwegenetzes**
- **den Ringschluss der zu reaktivierenden Bahnstrecken Gunzenhausen-Wassertrüdingen-Nördlingen und Dombühl-Nördlingen**

Wir leben in einer Zeit großer Veränderungen. Die Verkehrsmittel und deren Nutzung befinden sich in einem grundlegenden Wandel. Viele Menschen in den Großstädten verzichten auf ein eigenes Auto und nutzen moderne, flexible Mobilitätsangebote wie Carsharing und einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr. Gleichzeitig steigt die Zahl der Berufspendler immer weiter an. In unserem Landkreis pendeln sechs von zehn Personen in eine andere Stadt zur Arbeit, davon sind 71 % mit dem PKW unterwegs und nur 13 % mit dem ÖPNV.

Metzger, Bäcker, kleine Einkaufsläden und Bankfilialen haben sich bereits aus dem flachen Land zurückgezogen und konzentrieren sich in den größeren Städten und Gemeinden. Kleinere Dörfer und Gemeinden geraten in die Defensive. Wer nicht mobil ist, droht auf der Strecke zu bleiben. Vor allem Kinder, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren sowie finanzschwache Menschen sind hier betroffen.

Zugang zu öffentlichen Mobilitätsangeboten zu haben, wird zukünftig immer stärker eine Voraussetzung für die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sein.

Der SPD-Kreisverband Ansbach-Land fordert daher den gezielten Ausbau moderner und flexibler Mobilitätsangebote im Landkreis Ansbach. **Unser Ziel lautet: „Mit den Öffentlichen von Haustür zu Haustür!"**

Der 1995 auf Antrag der SPD erstellte Nahverkehrsplan wird seit 2014 teilweise überarbeitet. **Wir fordern den Abschluss der Teilfortschreibung und den sofortigen Beginn einer kompletten Neuerstellung eines Mobilitätskonzepts für den Landkreis Ansbach.**

Dieses Mobilitätskonzept muss den unterschiedlichen lokalen Gegebenheiten im Landkreis Rechnung tragen. Die Einteilung in verschiedene Planungsgebiete mit jeweils eigenen Kriterien für die Anbindung könnte ein mögliches Vorgehen sein. Die bisherige Konzentration auf Bus und Bahn muss durch eine ganzheitliche Betrachtung der Mobilität ersetzt werden. ÖPNV besteht aus mehr als nur Bus und Bahn.

Neue Technologien und nachhaltige Antriebskonzepte müssen auf ihre Anwendbarkeit im Landkreis geprüft werden. Damit die Verkehrswende zu einem erfolgreichen öffentlichen Mobilitätsangebot gelingt, müssen bestimmte Rahmenbedingungen erfüllt werden:

- gute Erreichbarkeit
- kurze Fahrzeiten
- pünktliche Angebote
- günstige Angebote
- Barrierefreiheit und niederschwellige Zugänglichkeit

UM DIES ZU ERREICHEN FORDERN WIR:

schrittweise Kostenfreiheit für den öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Ansbach

Im ersten Schritt sollen Schüler, Azubis, Studenten und Senioren den ÖPNV kostenlos nutzen können. Das geplante 365-€-Ticket der bayerischen Staatsregierung muss gleichzeitig in ganz Bayern eingeführt werden. Im letzten Schritt sollen alle Menschen im Landkreis den ÖPNV kostenlos nutzen können. Auf VGN-Ebene soll ein Schüler-, Studenten- und Seniorenticket eingeführt werden.

Ausbau smarter Angebote

Tickets im VGN-Gebiet müssen EINFACH per APP gekauft werden. Carsharing-Angebote und Mitfahrangebote müssen mobil über APPs nutzbar werden.

Verbesserung des Angebots über die Landesgrenze nach Baden-Württemberg

Die S-Bahnverlängerung nach Crailsheim ist ein erster und notwendiger Schritt. Auch Busverbindungen und flexible Angebote zu anderen Orten jenseits der Landes- und Bezirksgrenzen müssen ausgebaut werden.

Ausbau des Radwegenetzes

Sicherstellung der sogenannten „letzten Meile“ zu den S-Bahnhöfen und Lückenschluss zur Verbindung bestehender Radwege

Der Bahnverkehr (vor allem auch die S-Bahn) ist eine wichtige Säule für die Mobilität der Bürger im Landkreis. Der Freistaat Bayern hat für die Bahnstrecken **Pleinfeld/Gunzenhausen/Wassertrüdingen (Hesselbergbahn)** und **Dombühl/Wilburgstetten** jeweils Bestellgarantien ausgesprochen (Hesselbergbahn 12 Jahre ab 2024 und Dombühl/Wilburgstetten 15 Jahre).

Die Reaktivierung von Bahnstrecken hat sich in vielen Fällen als positiv für die jeweiligen Regionen erwiesen. Allerdings erfordert eine erfolgreiche Wiederinbetriebnahme des Bahnverkehrs entsprechende Rahmenbedingungen. Die Bahn ist ein Massenbeförderungsmittel. Die ländliche Struktur des Landkreises Ansbach stellt daher große Herausforderungen dar. Lange Wege zu den wenigen zentralen Bahnhaltestellen müssen organisiert und finanziert werden. Zudem stellen unterschiedliche Nutzergruppen unterschiedliche Anforderungen an die Anbindung: Pendler und Schüler haben andere Anforderungen als Touristen. Dies sind die Spannungsfelder, in denen wir die angestrebten Reaktivierungen sehen.

Wir fordern daher die intensive Arbeit an einem Zubringerkonzept unter Führung des Landkreises unter Einbindung aller beteiligten Kommunen. Ein Zubringerkonzept muss die Mobilitätsbedürfnisse der Landkreisbevölkerung im Blick haben. Eine Verschlechterung der Anbindung darf es nicht geben. Um dies zu erreichen müssen möglicherweise neue, flexible Angebote geschaffen werden. Der Landkreis wird sich hier finanziell einbringen müssen. Die zukünftigen Betreiber sind nun aufgefordert, zügig Businesspläne und tragfähige Finanzierungskonzepte vorzulegen. Die Instandsetzung der Bahnstrecken ist Aufgabe der Betreibergesellschaften (Eisenbahninfrastrukturunternehmen) und müssen von diesen getragen werden. Eine mögliche finanzielle Unterstützung durch den Landkreis oder Bürgschaften sind für uns keine Option. Für Zubringer, die Instandsetzung der Bahn-

übergänge, Bahnhöfe und Parkplätze sind die jeweiligen Städte und Gemeinden zuständig. Um die Belastungen für die einzelnen Kommunen im Rahmen zu halten, schlagen wir Kostenteilung in der Region vor. Der Ringschluss Wassertrüdingen/ Nördlingen/Wilburgstetten ist der entscheidende Erfolgsfaktor für beide Vorhaben und muss realisiert werden.

3. GUTE BILDUNG

WIR STEHEN FÜR

- **die Entwicklung und Umsetzung eines schulpolitischen Gesamtkonzepts**
- **die Entwicklung von Qualitätsstandards für Inklusion und Partizipation in allen Angeboten für Kinder und Jugendliche**
- **den Einsatz von Schulsozialarbeit an jeder Schule**
- **die Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen**

Bildung darf keine Frage der sozialen Herkunft sein. Nachstehende Rahmenbedingungen sind uns deshalb besonders wichtig:

- Kostenfreiheit für schulische und berufliche Bildung und Ausbildung
- niederschwellige Zugänglichkeit bei Beratungsangeboten
- wohnortnahe Versorgung mit Grundschulen; Erreichbarkeit und gute Anbindung (ÖPNV)
- Durchlässigkeit zwischen den Bildungsangeboten

Bildung vollzieht sich an vielen unterschiedlichen Orten und in allen Altersklassen: Familie, Kindertagesstätte, Schule, Jugendverbände, Vereine, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung müssen gleichermaßen in den Blick genommen werden, um bedarfsgerechte Entscheidungen treffen zu können. Die zunehmende Digitalisierung in allen Lebensbereichen stellt neue Anforderungen an Bildungsprozesse, die in der Planung und Ausstattung berücksichtigt werden müssen. Die fachlich-konzeptionellen Planungsprozesse von Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung müssen zu einer umfassenden Bildungsplanung verschränkt werden. Wir

brauchen die Entwicklung eines schulpolitischen Gesamtkonzeptes in Zusammenarbeit von Kommunen und Landkreis, um Übergänge zwischen den Schularten und Ganztagsbetreuung für Schulkinder abzusichern.

Zur Absicherung eines durchgängigen Bildungsangebotes für Kinder, Jugendliche und Erwachsene braucht es das Zusammenspiel und die Abstimmung zwischen den kommunalen Akteuren mit ihren jeweiligen Verantwortlichkeiten:

- Kindertagesstätten und Grundschulen | Kommunen
- weiterführende Schulen und Berufliche Schulen | Landkreis
- Ganztagsangebote für Schulkinder | Kommunen und Landkreis
- Jugendhilfe | Landkreis
- Volkshochschule | Landkreis

Wir brauchen die Entwicklung von Qualitätsstandards für alle Bildungsangebote, die den Anforderungen von Inklusion und Partizipation folgen, und die Bereitstellung von Rahmenbedingungen, die die Umsetzung möglich machen. Schulsozialarbeit ist aktive Präventionsarbeit und muss an jede Schule. Die konkrete Bedarfserhebung kann jährlich über die jeweiligen Schulräte erfolgen. Aktuell gibt es vier Schulpsychologen für den gesamten Landkreis und die Stadt Ansbach. Für über 80 Schulen sind das entschieden zu wenige. Jugendarbeit ist außerschulische Bildungsarbeit: Jugendgerechte Kommunalpolitik heißt angemessene Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen. Wichtige Aufgabe von Jugendarbeit ist politische Bildung und Demokratiebildung.

4. GUTE GESUNDHEITSVERSORGUNG

WIR STEHEN FÜR

- **die Bereithaltung von medizinischer Versorgung als Gesamtdienstleistung**
- **Transparenz über alle ANregiomed-Abteilungen, um eine effiziente stationäre Versorgung vor zu halten**

- **den Erhalt der drei Klinikhäuser mit Schwerpunktbildung von medizinischen Leistungen**
- **die Verzahnung von stationärer und ambulanter Medizin**
- **dafür, dass strategische MVZs zur Strukturierung der fachärztlichen Versorgung dienen**
- **MVZs als gewichtige Partner bei Arztsitzvergaben und Anbieter attraktiver Beschäftigungsmodelle**

ANregiomed ist uns etwas wert. Die Stadt und der Landkreis Ansbach lassen sich den Klinikverbund ANregiomed mit den Häusern in Ansbach, Dinkelsbühl und Rothenburg einiges kosten. Was ist angemessen? Wo sind die Defizite? Wo ist Verschwendung? Diese Themen müssen sachkundig besprochen und entschieden werden. In diesem Spannungsdreieck brauchen wir zukunftsweisende Impulse, um den Klinikverbund fit für die nächsten Jahre zu machen und das Angebot weiterzuentwickeln.

ANregiomed ist weit mehr als eine Verwaltungsinstanz für Planbetten. Das kommunale Krankenhausunternehmen ist auf drei Säulen aufgebaut: die Sicherung der wohnortnahen stationären Gesundheitsversorgung in Stadt und Landkreis Ansbach; die Akademie mit Fachschulen für Pflegeberufe; die ambulante Gesundheitsversorgung in vier Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Ansbach, Dinkelsbühl, Rothenburg und Feuchtwangen. Um die Stärken des Kommunalunternehmens voll zu nutzen, muss ANregiomed in seiner Gesamtheit betrachtet werden. Wir sehen im Bereich der ambulanten Gesundheitsversorgung den Schlüssel zu einer flächendeckenden ärztlichen Versorgung unseres Landkreises – die medizinischen Versorgungszentren ANregiomed GmbH als Bindeglied zwischen organisatorischem Dachverband und allgemeinärztlicher sowie fachärztlicher Struktur im ländlichen Raum. **Unser Landkreis benötigt ganzheitliche und moderne Versorgungsmodelle.**

Die MVZ-Struktur im Krankenhausverbund kann dies leisten. Sie muss so ausgerichtet werden, dass sie die lokale ärztliche Versorgung sichert, die Funktion eines gewichtigen Verwaltungsorgans für Arztsitze und die Funktion der Vernetzung medizinischer Einrichtungen übernimmt. Ambulante und stationäre Versorgungseinrichtungen müssen eng zusammenarbeiten und als Einheit auftreten. Dazu ist es notwendig, die strenge Trennung von stationärer und ambulanter Medizin zum

Wohle des Patienten aufzuheben und die gesamte medizinische Versorgung als Gesamtdienstleistung zu sehen.

Medizinische Versorgungszentren haben die Möglichkeit, sich direkt um einen ausgeschriebenen Vertragsarztsitz zu bewerben, um sich nach Erhalt des Sitzes nach einem geeigneten Arzt umzusehen. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, dass ein niedergelassener Arzt seinen Sitz dem MVZ überlässt, um sich danach vom Medizinischen Versorgungszentrum anstellen zu lassen. Durch die Möglichkeit der Anstellung in einem MVZ können im ländlichen Raum moderne, attraktive Arbeitsplätze mit Angestelltenverhältnis, gerade auch für junge Mediziner angeboten werden. Damit sind flexible Beschäftigungsmodelle möglich, die die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit für Ärztinnen und Ärzte erleichtern. Das Medizinische Versorgungszentrum dient als alternative Praxisstruktur sowohl für Berufsausübungsgemeinschaften als auch für Einzelpraxen mit angestellten Ärzten.

5. SAUBERE UMWELT

5.1 SOLIDARISCHER KLIMASCHUTZ

WIR STEHEN FÜR

- **einen solidarischen Weg zur Klimaneutralität des Landkreises bis 2040**
- **die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts für den Landkreis**
- **die Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität**
- **eine vorbildliche Landkreisverwaltung im Klima- und Umweltschutz**

Auf der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris wurde das Ziel ausgegeben, die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen. Die Bundesregierung hat mit dem Klimaschutzplan 2050 die Vision erarbeitet, bis zum Jahr 2050 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Diese Zielsetzung stellt die gesamte globale Bevölkerung vor enorme Herausforderungen. Die Erreichung dieser Ziele ist für einen Großteil Menschheit lebensnotwendig.

Wir stehen zu diesen Zielen und halten eine Klimaneutralität des Landkreises Ansbach bis 2040 für erstrebenswert und machbar.

Der Dreiklang aus **Nutzung erneuerbarer Energien/Ressourcen**, **Energie-/Ressourceneffizienz** und **Energie-/Ressourceneinsparung** gibt die Richtung zur Erreichung dieser Ziele vor.

Der Landkreis Ansbach nimmt bei der Nutzung regenerativer Energien eine Vorreiterrolle ein. Bereits jetzt wird mehr Strom durch erneuerbare Energieträger erzeugt, als im Landkreis selbst benötigt wird. „Im Bereich der Energieeffizienz sowie der Energieeinsparung herrscht [...] noch enormer Nachholbedarf" (Energiekonzept Landkreis Ansbach 2011). Schon das 2011 erarbeitete Energiekonzept sieht Potentiale für die bessere Nutzung der Abwärme von bestehenden Biogasanlagen.

Um die Ziele zu erreichen, ist ein Masterplan Klimaschutz notwendig. Dieser soll die Verwaltung, Bevölkerung und Unternehmen einbeziehen, Leitlinien festlegen und Maßnahmen definieren. Auch die Einbindung der Städte und Gemeinden im Landkreis ist dabei zu berücksichtigen. Ein Klimaschutzmanager kann die Erstellung dieses Masterplans übernehmen.

Als Handlungsfelder sehen wir unter anderem:

- Mobilität
- Verwaltung
- Land- und Forstwirtschaft
- Industrie
- Verkehr
- Abfall- und Abwasserwirtschaft

Der Landkreis und die Kreisverwaltung haben Vorbildcharakter. Deshalb müssen folgende Themen aktiv angegangen werden:

Klimaneutrale Verwaltung
Klimaneutrale Gebäude
Mitarbeiterverhalten

5.2 ABFALLVERMEIDUNG UND ABFALLVERWERTUNG

WIR STEHEN FÜR

- **Maßnahmen zur deutlichen Reduzierung des Gewerbe- und Haushaltsabfalls: Müll zu vermeiden ist besser als Müll zu entsorgen**
- **Aufklärungsaktionen und Umweltkampagnen durch den Landkreis Ansbach, um das Bewusstsein für Müllvermeidung in Privathaushalten und im Gewerbe zu stärken**
- **die Durchsetzung des Gebotes eines wiederverwertbaren Mehrwegsystems in öffentlichen Räumen bei kommunalen Veranstaltungen**
- **die Vorbildfunktion landkreiseigener Einrichtungen bei der Vermeidung insbesondere von Plastikmüll**

Die Behandlung des anfallenden Abfalls im Landkreis hat sich in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt und ist jetzt aktuell bei allen Abfallfraktionen (Papier, Kartonagen, Glas, Metalle, Textil, Bioabfälle und Restmüll) **auf einem befriedigenden Niveau**. Auch die **finanzielle Belastung** für den Landkreis bzw. für die Bürger durch das System der Rückerstattungen ist auf **bayerischen Durchschnittsniveau**. Dies muss auch zukünftig sichergestellt werden, damit finanziell schwache Haushalte nicht übermäßig belastet werden. Auf dieser Basis muss ein zukünftiger **Schwerpunkt der Abfallwirtschaft** des Landkreises sein, **Maßnahmen zur Müllvermeidung** zu initiieren.

Müll vermeiden ist besser, als ihn wiederzuverwerten.

Ein ganz wichtiger Faktor ist dabei die **Vermeidung von Plastikmüll im Landkreis Ansbach**. Allein im Landkreis fallen durchschnittlich im Jahr ca. 40 Millionen Tonnen Verpackungsmüll an, hiervon sind fast sieben Millionen Tonnen Plastikverpackungen. Trotz einer Recyclingquote von ca. 70 % wandert immer noch ein beträchtlicher Teil des Plastikmülls auch aus Deutschland nach Asien, Afrika oder in osteuropäische Länder, in denen dann der Plastikmüll teilweise unter hochproblematischen Umständen „recycelt“ bzw. „verbrannt“ wird oder ins Meer gelangt.

FOLGENDE MAßNAHMEN SOLLTEN ZUR ABFALLVERMEIDUNG ERGRIFFEN WERDEN:

Der jährlich neu aufgelegte Abfallratgeber reicht zur Abfallvermeidung nicht aus. Es muss eine **Kombination aus Aufklärung und Verboten** vom Landkreis initiiert werden, um den Plastikabfall zukünftig deutlich zu reduzieren.

Die Beratungsfunktion des Landratsamtes ggü. den Kommunen muss in diesem Bereich verstärkt werden. Hier muss der **Landkreis als Vorbild zunächst in den eigenen Einrichtungen** alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um den Plastikmüll zu reduzieren (Kantinen, Schulmensen, Beschaffungen etc.).

Die Abfallberater des Landkreises müssen **Aufklärungsaktionen und Umweltkampagnen** planen und durchführen (zusammen mit anderen Institutionen wie bspw. der Volkshochschule), um vor allem jungen Menschen den bewussteren Umgang mit problematischem Abfall näher zu bringen (wie es z. B. bereits jetzt in den Landkreisen Traunstein, Aichach-Friedberg, Bayreuth und in der Stadt Pfaffenhofen geschieht).

Die **Wirtschaftsförderung** des Landkreises Ansbach könnte mit den großen **Verbrauchermärkten des Landkreises kommunizieren**, wie mittelfristig die Lebensmittelverpackungen im Hinblick auf Plastikvermeidung umgestellt werden können. Positive Beispiele können dann öffentlich herausgestellt und beworben werden.

Bei allen kommunalen Veranstaltungen auf öffentlichem Grund kann ein **Gebot des wiederverwertbaren Mehrwegsystems** durchgesetzt werden, wie es verschiedene Gemeinden in Bayern (z. B. München) oder im Landkreis (z. B. Lichtenau) bereits erfolgreich praktizieren. Hierzu müssen die **Abfallberater und die Juristen des Landratsamtes die Landkreiskommunen aktiv unterstützen**. Der Bayerische Ministerrat hat am 30. Juli 2019 eine **„Offensive zur Reduzierung des Plastikmülls“** beschlossen. Das **Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz** hat in einem Schreiben vom 8. August 2019 darauf hingewiesen, dass die rechtlich möglichen Einschränkungen für die Ausgabe von Plastiktüten oder andere Einweg-Plastikartikel auszuschöpfen sind.

Lassen Sie uns gemeinsam im Landkreis Ansbach in diesem Bereich Vorreiter sein und kreative Ideen zur Umsetzung einer spürbaren Müllvermeidung verwirklichen! Es gibt nichts Gutes – außer man tut es!

6. DIGITALISIERUNG ALS INNOVATIVE QUERSCHNITTSAUFGABE

WIR STEHEN FÜR

- **die Erstellung eines integrierten Digitalisierungskonzepts**
- **den Ausbau der digitalen Breitband-Infrastruktur mit mindestens 100 Mbit/s im Up- und Downstream**
- **die Öffnung der Politik und Verwaltung mittels digitaler Werkzeuge (Kommunales Open Government)**
- **mehr Bildungsangebote im Bereich der Informatik, vor allem für Erwachsene**
- **ein festes jährliches Investitionsbudget für Digitalisierung im Kreishaushalt**

Die Digitalisierung ergreift und verändert alle Lebensbereiche. Neue Technologien, die fortschreitende Vernetzung technischer Geräte und von deren Nutzern sowie die automatisierte Erfassung, Auswertung und die Nutzung großer Datenmengen sind die Treiber dieser Entwicklung. **Für die politische Arbeit ist die Digitalisierung damit ein Querschnittsthema, das in unterschiedlichsten Politikbereichen eine Rolle spielt.** Die digitalen Veränderungen schaffen ein Spannungsfeld von Chancen und Risiken. Scheinbar unbegrenzte Verfügbarkeit von Informationen, neue Kommunikationsmöglichkeiten und Berufsbilder bieten großartige Möglichkeiten.

Wir wollen den digitalen Wandel im Landkreis aktiv fördern und gestalten, statt nur auf Veränderung zu reagieren. Wir fordern daher die **Erstellung eines integrierten Digitalisierungskonzepts** für den Landkreis Ansbach. Es soll dazu dienen, die Chancen der Digitalisierung mit und für die Bürgerinnen und Bürger

nutzbar zu machen und den Risiken zu begegnen. Zum einen soll dieses Konzept den Beteiligten als Orientierung und Richtschnur dienen, indem es Leitsätze für die Digitalisierungspolitik im Landkreis aufstellt (z. B. Barrierefreiheit der digitalen Angebote, Datenstandards, technologieoffene Netzwerke). Zum anderen soll das Konzept bereits konkrete Maßnahmen aufzeigen, wie die digitalen Technologien in den verschiedenen Politikbereichen zum Nutzen der Bevölkerung ausgebaut werden können.

FOLGENDE BEREICHE SIND BESONDERS ZU BEACHTEN:

Transparenz und Beteiligung

Viele Menschen fühlen sich durch die rasanten Veränderungen, die in unserer Welt vor sich gehen, überrannt. Einige fühlen sich machtlos gegenüber scheinbar immer komplexeren Aufgaben. Die Informationsflut aus inoffiziellen Quellen ist häufig enorm und diese lassen sich leichter finden und verstehen als offizielle Quellen. Der Bedeutungsverlust traditioneller Medien zugunsten von Social Media (wie z. B. Facebook, Twitter, YouTube oder Blogs) und die Informationsflut dieser Kanäle tragen wesentlich zu diesem Empfinden bei. Vielfach ist es schwierig, politischen Prozessen zu folgen und diese zu verstehen. Ehrliche Transparenz erfordert dabei die weitere Öffnung der Politik und Verwaltung gegenüber der Zivilgesellschaft. Digitale Werkzeuge wie **Kommunales Open Government** sind ein Ansatz, diese Öffnung auszubauen und hochwertige und barrierefreie Informationen anzubieten. Im Bereich öffentlicher Information soll der Landkreis vorangehen. Steuerfinanzierte Datenbestände sollen frei zugänglich sein, sofern sie keine persönlichen Daten betreffen. Dadurch sollen unter anderem die Bürgerwissenschaften gefördert werden.

Ausbau der digitalen Infrastruktur

Die Nutzung des Internets für Unterhaltungs-, Kommunikations- und Informationszwecke ist für die Mehrheit der Menschen unverzichtbarer Bestandteil des Berufs- und Privatlebens. Für viele Wirtschaftsbetriebe von der Landwirtschaft bis zum Automobilzulieferer ist das Internet Voraussetzung, um erfolgreich arbeiten zu können. Der **flächendeckende Ausbau der digitalen Breitband-Infrastruktur** muss daher vorangetrieben werden. Mindestanforderung ist dabei eine **Übertragungsrate von 100 Mbit/s im Up- und Downstream** mit zukunftsfähigen Technologien. An das Breitbandnetz angebunden zu sein,

ist grundlegender Bestandteil gleichwertiger Lebensverhältnissen in Stadt und Land. Für die mobile Kommunikation soll der **Ausbau des Hochgeschwindigkeitsmobilfunks** ebenfalls flächendeckend vorangetrieben werden. Um die Strahlenbelastung möglichst gering zu halten, könnte zum Beispiel eine **größere Anzahl schwächerer Masten** genutzt werden. Landkreis und Gemeinden unterstützen dieses Ziel aktiv.

Bildungsangebote digitalisieren

Die meisten Berufsbilder der Zukunft werden nicht ohne grundlegende Kenntnisse im Umgang mit Soft- und Hardware ausgeübt werden können. Im schulischen Unterricht sollten diese Kenntnisse daher ähnlich Bedeutung erhalten wie die Naturwissenschaften. Dies gilt insbesondere für die **Grundlagen der IT-Sicherheit, Programmierung und Informationstheorie**. Im Bereich der **Erwachsenenbildung** setzt sich der Kreisverband dafür ein, dass **mehr Bildungsangebote im Bereich Informatik** angeboten werden. Vor allem berufsqualifizierende Programme sollen Vorrang haben. Für die Schul- sowie für die Erwachsenenbildung setzt sich der Kreisverband dafür ein, dass **mehr Bildungsangebote „Online"** (z. B. über Lernplattformen) angeboten werden. Dies ermöglicht das Lernen nach eigenem Tempo und den objektiven Vergleich des Leistungs- und Kenntnisstandes.

Technologisch auf der Höhe der Zeit

Der schnelle technologische Fortschritt macht in einigen Bereichen (z. B. Schulen) regelmäßige Investitionen nötig. Um schnell und flexibel auf neue Notwendigkeiten reagieren zu können, muss **jährlich ein entsprechendes Digitalisierungsbudget** im Haushalt des Landkreises zur Verfügung gestellt werden. Der Fokus muss dabei auf einheitlicher Technik liegen, um die Instandhaltungskosten möglichst gering zu halten. Einen **zentralen Betreuer für die technische Ausstattung und Beratung** halten wir für sinnvoll. Dies bildet die Grundlage, um die digitalen und „smarten" Lösungen auch in weiteren Bereichen (z. B. für flexible Mobilität und im Gesundheitswesen) zu nutzen.

IMPRESSUM
Herausgeber SPD-Kreisverband Ansbach-Land, V.i.S.d.P. Hans Heinrich Unger, Tauberschallbach 8, 91555 Feuchtwangen
E-Mail: info@spd-kreis-ansbach.de, www.spd-kreis-ansbach.de **Erscheinung** Januar 2020 **Grafik, Satz, Layout** Luise Mortag, Ansbach